

Frau Vorsitzende Renate Warnecke
Ausschuss für Schule und Bildung

Herrn Oberbürgermeister
Andreas Mucke

Es informiert Sie UrsulaAlbel
Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563 66 77
Fax (0202)
E-Mail ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
Datum 04.09.2019
Drucks. Nr. VO/0861/19
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
11.09.2019	Ausschuss für Schule und Bildung
18.09.2019	Hauptausschuss
23.09.2019	Rat der Stadt Wuppertal

"Ungleiches ungleich behandeln: Grundschulen mit besonderen Anforderungen besser ausstatten"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Warnecke,

der Schulausschuss hatte sich in mehreren Anläufen seit dem 7.11.2018 mit dem Antrag der LINKEN beschäftigt, die Attraktivität der Wuppertaler Schulen, insbesondere derjenigen mit besonderen Anforderungen, zu steigern. Zuerst hatte der Schulausschuss sich verständigt, von der Verwaltung einen Bericht zu hören, wie die Attraktivität der Schulstandorte gesteigert werden könne, der letztendlich am 8.5.2019 vorgelegt wurde.

Unter Anderem hatte DIE LINKE auch vorgeschlagen, Schulsekretariate besser auszustatten und damit Arbeitsentlastungen der Lehrkräfte zu verbinden. Das wird nun auch diskutiert, verengt aber den Fokus.

Wie die neuen Zahlen der Bezirksregierung Düsseldorf für den Schulbezirk Wuppertal aussagen, konnten von den 103 zu besetzenden Stellen in den Grundschulen nur 46 besetzt werden. Das ist zwar ähnlich dem Landesschnitt, aber dadurch auch nicht hinnehmbar. Wenn man dann noch weiß, dass die Schulen mit besonders hohen Anforderungen an das Personal noch einmal weniger Bewerbungen erhalten als andere, besteht dringender Handlungsbedarf.

Wuppertal steht in Konkurrenz zu den anderen Städten und Kreisen, die ebenfalls Lehrkräfte suchen und muss sich nun etwas einfallen lassen, um diese Arbeitsplätze attraktiver zu machen.

Daher möge der Schulausschuss beschließen:

1. Die Schulen mit besonderen Anforderungen erhalten aus dem Pool der zusätzlichen Sekretariatsstellen bevorzugt Mitarbeiter*innen.
2. Deren Arbeitsplatzbeschreibung wird ausgeweitet: Über die bisherigen Tätigkeiten für Schulverwaltung und Schulleitungsunterstützung hinaus kommen Tätigkeiten für Lehrkräfte hinzu wie Materialbeschaffung und –lagerung, Archivierung und weitere bürokratische Aufgaben.
3. Die Schulen dürfen in ihre Ausschreibung einen garantierten KiTa-Platz für das eigene Kind sowie Hilfe bei der Wohnungssuche aufnehmen, was die Verwaltung, auch mit GWG-Unterstützung, umsetzen wird.

Begründung:

Rat und Verwaltung müssen die Grundschulen mit besonderen Anforderungen stärker unterstützen. Gerade diejenigen Kinder, die besonders auf pädagogischen Einsatz durch Zuwendung, individualisierte Unterstützung beim Lernen, Sprachförderung und Sozialarbeit angewiesen sind, werden ansonsten dies nicht erhalten, sondern in Schulen mit Lehrkräftemangel, großen Klassen und überlastetem Personal sitzen.

Alle Programme zur Förderung in den „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ und sozialen Brennpunkten würden damit konterkariert, wenn es schon am Elementarsten fehlt, nämlich die Kinder in der Grundschule zu fördern – ausgehend von ihren Bedürfnissen und Lernansprüchen. Dafür benötigen sie gut ausgebildete Lehrkräfte, die Unterstützung verdienen in ihrem Arbeitsalltag und nicht die schlechtesten Arbeitsbedingungen. Deshalb wollen wir sie unterstützen, wie es einer Kommune, die leider keine Zulagen zahlen kann, möglich ist. Damit hoffen wir, wenigstens bei einigen Bewerber*innen die Schulstandorte mit besonderen Anforderungen attraktiver zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen

Gunhild Böth
Mitglied im Ausschuss für Schule und Bildung